



**Günter Ederer**

## Talkgeplapper und Regierungswechsel

Da saßen sie wie siamesische Zwillinge bei Günther Jauch und konnten sich gar nicht genug ihrer gegenseitigen Wertschätzung versichern. Ursula von der Leyen und Andrea Nahles demonstrierten, wie sehr sie in den nächsten vier Jahren in der neuen Regierung als Ministerkolleginnen an einem Strang ziehen werden.

Ein paar Tage später bei Anne Will die gleiche Harmonie nur mit männlichen Protagonisten. Der Ex - Ministerpräsident Edmund Stoiber, CSU und der linke Wählerschreck Ralf Stegner, SPD demonstrierten, dass sie eigentlich Parteifreunde sein könnten. Gemeinsam wehrten sie die Angriffe der neuen FDP-Generalsekretärin Nicola Beer und des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Industrie und Handelskammertages Dr. Martin Wansleben ab. Die warnten vor zuviel Planwirtschaft in der Energiepolitik und zu viel Wahlgeschenke zulasten der nächsten Generation. Sie haben noch nicht begriffen, dass sie damit aus der Zeit gefallen sind. Für die Großkoalitionäre sind das absurde Vorstellungen von Minderheiten. Entsprechend wurden sie von Stoiber und Stegner niedergebügelt.

Sicher – im Wahlkampf darf und muss Zuspitzung erlaubt sein. Wer an die Sprüche glaubt, die da gekloppt werden, ist selber Schuld. Auch gehört es zum Ritual, dass in der Wahnacht Sieger übertreiben und Verlierer trotzig mit den Füßen aufstampfen. Aber wenn wir jetzt das Ergebnis der Geschäftsgrundlage der Großen Koalition zwischen CDU, CSU und SPD betrachten, so muss festgestellt werden: Hier hat sich zusammen gefunden, was zusammen gehört. Zwei staatsgläubige Parteien haben sich darauf geeinigt, die Macht der Politiker und den von ihnen abhängigen Bürokraten auszudehnen. Das ist ihre übereinstimmende Vorstellung, wie sie die Bundesrepublik Deutschland unter Kontrolle halten können und bei den Verhandlungen ging es eigentlich nur darum, wer aus welchen Pfründen sich bedienen und sein Klientel absichern darf.

Für die Talkshows wird das eine echte Herausforderung. Da sitzen die neuen Zwillingspaare vom Regierungslager dann auf der einen Seite und werden durch ihre gegenseitigen Liebesbeteuerungen die Einschaltquoten in den Keller treiben. Wenn schon Edmund Stoiber und Ralf Stegner hemmungslos verbal miteinander knutschen, warum soll sich für dieses Schmierentheater noch jemand interessieren?

Natürlich gibt es noch politische und gesellschaftliche Gruppierungen, die nicht zur übermächtigen staatsgläubigen Großen Koalition gehören. Bei Jauch wurde die Opposition von Gregor Gysi repräsentiert. Der eloquente Wendeprofitteur hat die Eigenschaft eines Fettauges – er schwimmt immer oben, egal, woraus die Suppe gemacht ist, auf der er gelandet ist. Gegen ihn haben es die vereinigten Bürokratenparteien der GroKo inhaltlich schwer: Er will nämlich noch mehr von dem, was sie auch wollen: Noch mehr Staat, noch mehr Planwirtschaft, noch mehr Verteilung von Geldern, die durch noch mehr Steuern und Abgaben eingetrieben werden. Mietpreisbremse und 8.50 Euro Mindestlohn sind für ihn Peanuts. Schließlich hat er sich in einem Staat wohl gefühlt, in dem die Krönung des Lebensziels eine Drei-Raumwohnung in der Platte und nach 14 Jahren ein Trabbi war. Das galt natürlich für ihn, mit Westreiserlaubnis und Nomenklaturprivilegien nicht.

Gysi, der Oppositionsführer im Parlament und Kronzeuge für eine verfehlte Bundespolitik in den Talkshows. Gesine Löttsch, die bekennende Kommunisten als Vorsitzende des Haushaltsausschusses, die Kommunisten Sahra Wagenknecht, als Interpretin eines gerechten Gesellschaftsmodells – jetzt rächt es sich, dass die Verbrechen des Kommunismus herabgespielt werden, die fast 50 Millionen Opfer dieser Ideologie nicht genauso gewichtet werden, wie die Millionen Opfer der Faschisten.

In die Talkshows darf nur, wer sich an die Spielregeln hält, und dazu gehört auch, dass Gysi keine Fragen gestellt werden, wieso er im SED-Regime der Mörder, Wahlfälscher und Gefängniswärter mitgemacht hat. In einer ARD-Dokumentation verteidigte er sich gegen den Vorwurf, Stasi-Spitzel gewesen zu sein, weil er es ja gar nicht nötig hatte, mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammen zu arbeiten, hatte er doch direkten Zugang zum Zentralkomitee. Ja, Gysi – endlich: Sie arbeiteten nicht für die Stasi, die Stasi arbeitete für Sie, Ihre Genossen, Ihre Familie, für Ihre SED, die sie dann so trickreich in die Bundesrepublik überführt haben.

Wer will ihn und seine freiheitsfeindliche Partei zur Rede stellen? Die Sozialdemokraten, die gerade bekannt gegeben haben, dass sie sich nie wieder darauf einlassen werden, eine Koalition mit den „Linken“ auszuschließen? Die CDU, die es versäumt hat – aus welchen Gründen auch immer – bei der Wiedervereinigung die SED als Partei der Unterdrückung, der Mordbefehle und Freiheitsberaubung zu verbieten? Die Kanzlerin? Am 19. Dezember bescheinigte der Herausgeber der FAZ, Holger Steltzner dieser ehemaligen FDJ-Funktionärin eine „dialektische Glanzleistung, der sogar marxistische Materialisten Respekt zollen“. Es geht um ihre Reaktion zur Ankündigung der EU-Kommission gegen Deutschland ein Verfahren einzuleiten, weil unsere Energiegesetze gegen die Wettbewerbsregeln verstoßen. Steltzner macht mit seiner Feststellung deutlich: Angela Merkel versteht Gregor Gysi. Gelernt ist gelernt. Seine Volten sind ihr geläufig und sie nutzt selbst die Schmierseife, auf der sie eine klare marktwirtschaftliche Ordnung im sozialistischen Vokabelwust ausrutschen lässt.

Das EEG und die Energiewende zeigen beispielhaft, was den deutschen Wähler erwartet. Die zweite kleine Oppositionspartei, die Grünen, lassen keine Gelegenheit aus, der Großen Koalition eine Abkehr von der Erneuerbaren Energie zu unterstellen. Diese Missgeburt vollendeter Planwirtschaft wollen sie weiter ausbauen. Die Grünen suggerieren, hier ginge es um die Rettung der Welt, dabei geht es um das Kernthema ihrer Partei und um die Sicherung der Pfründe ihrer Parteienfinanzierer. Dabei brauchen sie doch keine Angst zu haben: Frau Merkel ist doch bei ihnen, wird die Energiewende, die auch ein Markenzeichen ihrer Politik ist, zulasten der meisten Menschen in diesem Lande schützen. Da hilft ihr ihre dialektische Schulung.

Vordergründig sollen Privilegien kleinerer Betriebe aufgehoben werden, die einen vergünstigten Strompreis beziehen. Großkonzerne und schienengebundene Unternehmen bleiben ausgenommen. Dieser Wegfall der Stromverbilligung macht noch nicht einmal einen Cent pro Kilowattstunde Ersparnis für den Rentnerhaushalt aus. Aber genau darüber wird jetzt palavert. Die 24 Milliarden Euro, die durch den garantierten Abnahmepreis als Subvention für Kapital- und Dachbesitzer umverteilt werden, werden elegant verschwiegen. Chapeau Frau Merkel – die Grünen so für sich einzuspannen, dass schafft nur ein gewiefter Profi. Das heißt aber auch: Die Opposition wird in der verfahrenen Energiepolitik mehr Staat fordern, also noch mehr von dem Gift, dass jetzt schon in unserer Republik bis ins Mark vorgedrungen ist. Für die Talkshows heißt das: Keine wirklichen Alternativen werden diskutiert, sondern Schattierungen einer konsensuellen Staatswirtschaft.

Hin und wieder wird es den angepassten Talkmeistern gelingen, Kritikern aus den Reihen der GroKo-Parteien und ihr nahe stehenden Organisationen in die Runde zu bitten. Aber der Wirtschaftsflügel der Union ist zur Bedeutungslosigkeit verzweigt und seine Repräsentanten werden sich hüten, frontal gegen Angela Merkel und ihre Staatswirtschaft zu argumentieren. Ihr parlamentarisches Ende wäre schneller erreicht, als das von Friedrich Merz, der davon ausführlich berichten kann. Ein paar

Hofnarren werden sicher auftreten dürfen. Fürs Image oder die Unterhaltung, aber nicht um die vorgegebene politische Linie zu revidieren.

Ähnlich wird es einigen Linken innerhalb der SPD ergehen. In dieser Partei gehört Kritik von links zum guten Ton – aber nur solange dies nicht die Machtbasis gefährdet.

Ach, fast hätte ich die Außerparlamentarische Opposition vergessen. Die FDP sitzt immerhin noch in einigen Landtagen. Bei der gegenseitigen Lobpreisung von Stoiber und Stegner war Nicola Beer eingeladen, die neue Generalsekretärin der FDP. Was sie sagte, klang plausibel, waren Gegenpositionen zum Ausbau der Staatsmacht. Aber ihr Handicap: Wer glaubt der FDP noch? Vieles was sie verlangte: Zum Beispiel die Abschaffung des planwirtschaftlichen EEG-Gesetzes wurde von der FDP in vier Jahren Regierungsverantwortung nicht betrieben. Und irgendwie fehlt es der FDP immer noch an klaren Konturen.

Bei deren Parteitag in Berlin habe ich zwei Tage ausgeharrt. Die Reden waren liberal, versprachen mehr Bürgerrechte und weniger Staat. Aber so klangen die Reden auch auf den Parteitagen mit Guido Westerwelle, Philipp Rösler und Rainer Brüderle. Was fehlte, waren die Taten. In Berlin kamen mir die Freidemokraten wie eine Kolonie Kaiserpinguine im Schneesturm vor. Eng aneinander geschmiegt trotzten sie den eisigen politischen Gegenwinden. Aber wohin laufen sie, wenn der Sturm aufhört. Ihr neuer Anführer Christian Lindner verwandelte sich zwar von einem Bambi in einen ausgewachsenen Keiler – nur gegen wen hat er da ausgeteilt. Er geiselte die „Eurohasser“, verlangte das EEG abzuschaffen. Aber wer sind die Eurohasser? Meinte er damit die AfD, der noch immer die Konturen fehlen, um mehr zu sein, als eine Protestpartei gegen den Euro? Oder meinte er damit seinen Parteifreund Frank Schäffler, der Rechtsstaatlichkeit und Vertragstreue fordert, auch wenn damit der Euro in seiner jetzigen Konstruktion infrage gestellt werden muss?

Unklar auch seine Haltung zum EEG. Das will er abschaffen. Aber die Energiewende wird von vielen FDP-Landesverbänden noch gutgeheißen. Zu einer angriffsbereiten freiheitlichen Fundamentalopposition gegen die Parteien der Staatsgläubigkeit hat sich die FDP jedenfalls noch nicht entschlossen. So wird sie kaum für steigende Quoten in den Talkshows sorgen. Aber hat eine weichgespülte FDP, die immer noch um ihre Glaubwürdigkeit kämpfen muss überhaupt eine Chance? Bei Markus Lanz alberte Lindner über seine Haarverpflanzungen. Ein lustiges Thema. Aber wie hält es die FDP mit dem bürokratischen Moloch Europa?

So komme ich zu dem Schluss: Eine Nebenwirkung dieser Großen Koalition könnte es sein, dass die Talkshows dank sinkender Einschaltquoten absterben. Das wäre wenigstens ein positives Ergebnis.

**Helfen Sie uns Die ACHSE DES GUTEN noch besser zu machen und auszubauen!**

Spendenkonto

Kontonummer: 4801474

Augusta-Bank, Augsburg

Bankleitzahl 720 900 00

Internationale Bankleitzahl BIC GENODEF1AUB

Internationale Konto-Nr. IBAN DE2772090000004801474